



**Niederschrift**  
**über die 6. Sitzung der Initiative „Sicherheit in unserer Stadt“**  
**am 15.11.2000, um 14.00 Uhr, in Saal 101 der Stadtverwaltung**  
**Koblenz**

**Teilnehmer:**

s. Anlage

**Tagesordnung:**

1. Bericht zur Kriminalitätsslage
2. Bericht zur Arbeit der Projektgruppen und der Geschäftsstelle
  - 2.1 Projektgruppe „Angsträume“
  - 2.2 Projektgruppe „Gewalt an Schulen“
  - 2.3 Projekt „Sicherheit im Alter“
  - 2.4 Projektgruppe „Saubere / sichere Stadt“
  - 2.5 „Runder Tisch – Schanzenpforte“
  - 2.6 Informationen der Geschäftsstelle
3. Vorstellung des kommunalen Vollzugsdienstes beim Ordnungsamt
4. „Kommunale Bündnisse gegen Rechts“

Herausgegeben von der

Geschäftsstelle Initiative „Sicherheit in unserer Stadt“  
Herrn Breitbarth  
Stadtverwaltung Koblenz  
Ordnungsamt  
Ludwig-Erhard-Straße 2  
56073 Koblenz

Herr Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann begrüßte die Anwesenden und stellte die Tagesordnung der Sitzung vor. Er wies darauf hin, dass die Tagesordnung viele Informationen zu bieten habe, denn es sei seit der letzten Sitzung einiges bewegt worden.

Herr Polizeipräsident Weidmann lobte die Zusammenarbeit von Polizei und Stadt, z.B. im Bereich der Doppelstreife, welche man unter die Devise „gemeinsam vorgehen“ stellen könne.

## TOP 1

Zu TOP 1 berichtete Herr Gras über die aktuelle Kriminalitätslage.

*Der Bericht ist der Anlage zu entnehmen.*

In einer Zusatzbemerkung führte Herr Gras aus, dass in den Statistiken rechtsextreme Straftaten nicht gesondert ausgewiesen werden. Es gebe in der Stadt Koblenz aus polizeilicher Sicht keine Anhaltspunkte für eine rechte Szene oder Treffpunkte einer solchen, lediglich seien von Zeit zu Zeit aufgesprühte Symbole, wie Hakenkreuze, etc. feststellbar. Zu erwähnen sei jedoch auch die Schändung des jüdischen Friedhofes im Rauental, obgleich hierbei keine typischen Verhaltensmuster/Vorgehensweisen rechtsgerichteter Gruppierungen erkennbar waren.

Rückfragen aus dem Plenum bezogen sich auf die landesdurchschnittliche Aufklärungsquote (56,9%), einen Schriftverkehr von Herrn Wehran mit der Geschäftsstelle (unterschiedliche Auffassung zur Fragestellung nach ermittelten Graffiti Tätern) und ob Eigentümer graffitigeschädigter Flächen von der Polizei über eingeleitete Strafverfahren informiert werden (Staatsanwaltschaft entscheidet über Strafverfahren und über evtl. Benachrichtigungen).

## TOP 2

Zu TOP 2 berichtete Herr Breitbarth aus den Projektgruppen:

- Projektgruppe „Angsträume“

Das Handlungskonzept zur Fußgängerunterführung am Saarplatz ist fertiggestellt und wurde den zuständigen Stellen, wie auch den Mitgliedern der Initiative „Sicherheit in unserer Stadt“ im Juni 2000 übersandt. Weiterhin wurde das Konzept in der Presse veröffentlicht. Umgesetzt wurde bereits eine zusätzliche Beleuchtung des Unterführungsüberfliegers.

Im September und Oktober fanden zwei Ortstermine statt, an denen Vertreter von Tiefbauamt, Hochbauamt, Kriminalpolizeilicher Beratungsstelle, Projektgruppe „Angsträume“ und einem Sicherheitsunternehmen teilnahmen. Geprüft werden zur Zeit rechtliche und finanzielle Fragen hinsichtlich einer Videoüberwachung. Alternativ werden die Kosten für eine Notrufmeldeanlage ermittelt.

KEVAG, RMV und KVG haben zwischenzeitlich das „Halten auf Wunsch“ in den Abend- und Nachtstunden eingeführt. Fahrgäste können somit auch außerhalb der festgelegten Haltestellen aussteigen, um den Heimweg zu verkürzen und mögliche „Angsträume“ zu umgehen. Die Umsetzung erfolgte auf Anregung durch die Projektgruppe, welche sich im Dezember 1998 an die Verkehrsbetriebe gewandt hatte.

Die Projektgruppe beabsichtigt zudem mit den verantwortlichen Stellen eine Begehung des neuen Bahnhofsvorplatzes, für welchen man Sicherheitskriterien erstellt hatte.

Auf die Frage ob rechtliche Probleme der Videoüberwachung entgegenstehen würden, teilte Herr Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann nach kurzer Absprache mit Herrn Polizeipräsident Weidmann mit, seiner und Herrn Weidmanns Auffassung nach sollte die Videoüberwachung installiert werden. Rechtliche Probleme würden keine entgegenstehen, man werde lediglich den Innenminister zu gegebener Zeit hierüber informieren.

Zum Thema „Halten auf Wunsch“ war einhellige Meinung, dass dessen Bekanntheitsgrad noch gesteigert werden muss. Nach Auskunft von Herrn Seelemeyer / KEVAG wurde „Halten auf Wunsch“ bislang erst in 5 Fällen praktiziert (3 Männer, 2 Frauen).

Begrüßt wurde das Nachhalten der Bemühungen am Bahnhofsvorplatz, denn eine Ergebniskontrolle/Registrierung sei sehr wichtig.

Es wurde um eine verstärkte Präsenz des Bundesgrenzschutzes im Tunnel des Bahnhofs gebeten, sowie um Untersuchung des Bereiches der Parkplätze hinter dem Bahnhof (unter Ständerstraße) auf Angsträume. Eine solche Überprüfung wird im Zusammenhang mit der Begehung des Bahnhofsvorplatzes erfolgen.

- Projektgruppe „Gewalt an Schulen“

Es wurde in der Sitzung vorgeschlagen, die Projektgruppe „Gewalt an Schulen“ in der bestehenden Form (3 Arbeitskreise: „Bestehende Maßnahmen der Prävention an Schulen“, „Sicherer Schulweg“ und „Prävention in der Früherziehung“) aufzulösen. Im Anschluss sollte das Projekt in folgender Weise weitergeführt werden:

Die Geschäftsstelle der Initiative setzt sich mit einzelnen Schulen in Verbindung und bietet diesen organisatorische und finanzielle Unterstützung bei der Durchführung konkreter Präventionsvorhaben oder präventiver Veranstaltungen an den entsprechenden Schulen an. Gegebenfalls werden schulspezifische Arbeitsgruppen gebildet.

Sofern ein Arbeitskreis der bisherigen Projektgruppe seine Arbeit fortführen möchte, wird er weiterhin durch die Geschäftsstelle unterstützt werden.

Zudem sollte das Projekt in „Jugend und Gewalt“ umbenannt werden, um das Tätigkeitsspektrum nicht nur auf den Bereich der Schulen „einzuzengen“.

Aus dem Plenum wurde auf die verstärkte Einbindung von Eltern und Elternbeiräten und erneut auf ein Präventionsprojekt der Grundschule Nassau hingewiesen. Nachdem sich die Arbeitskreise bis jetzt nicht mit dem Projekt aus Nassau beschäftigt hatten, wird die Geschäftsstelle nunmehr entsprechende Informationen einholen. Weiterhin wurde auch auf Angebote des Landgerichts für Schulen hingewiesen.

Im Ergebnis wird nunmehr in der durch die Geschäftsstelle vorgeschlagen Form verfahren.

- Sicherheit im Alter

Die Seniorensicherheitsberater/innen sind aktiv. So wurden Ihnen z.B. Hinweise über eine bestimmte Form, zur Zeit häufig vorkommender Betrugsdelikte übermittelt, welche sie als Multiplikatoren schnell zur Warnung anderer weitergegeben konnten.

In einer Informationsveranstaltung mit der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz wurden ihnen weitere wichtige Tipps zu Haustürgeschäften, Kaffeefahrten und Gewinnmitteilungen gegeben.

Eine Broschüre zur Vorstellung der Seniorensicherheitsberater/innen und in diesem Zusammenhang auch der Bezirksbeamten der Polizei ist in Planung.

Es stellte sich die Frage nach der Erreichbarkeit an die Wohnung gebundener alter Menschen. Hierzu konnte festgestellt werden, dass die Seniorensicherheitsberater/innen aufgrund ihres sozialen Engagements in Verbänden, Vereinen, u.v.m. eine sehr hohe Multiplikationswirkung haben, aber hier letztlich auch die Kinder und Angehörigen in der Pflicht stehen, notwendige Informationen zu übermitteln.

Letztlich erscheint es sinnvoll, Sicherheitsinformationen für Senioren auch an die kirchlichen und privaten Pflegedienste weiterzugeben und diesbezüglich an die kostenlosen Werbeblätter (Schängel, Stadtanzeiger, Super Sonntag) heranzutreten.

- Projektgruppe „Saubere / sichere Stadt“

Das Handlungskonzept zum Thema „Verhinderung von illegalen Graffiti und Farbschmierereien“ ist fertiggestellt. Es trägt den Namen „illegal...legal...egal?“. Das Handlungskonzept soll als Grundlage für folgende Aktivitäten werben und angesprochene Stellen zum Handeln motivieren.

Da eine Fertigstellung durch die Druckerei erst am Vormittag des 15.11.2000 erfolgte, konnten entsprechende Exemplare erst in der Sitzung an die Mitglieder der Initiative verteilt werden. Man einigte sich nach kurzer Diskussion darauf, die Debatte über das Handlungskonzept (auf welches keine Urheberrechte erhoben werden) in der nächsten Sitzung zu führen.

Auf Nachfrage stellte Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann fest, das Gremium der Initiative habe die Aufgabe Themenvorschläge zu erarbeiten und auch Billigungen oder Missbilligungen auszusprechen. Vor der Umsetzung sei somit auch die Meinung des Gremiums zum Handlungskonzept „illegal...legal...egal?“ gefragt.

- „Runder Tisch – Schanzenpforte“

Am 09.08.2000 traf man sich zu einer Erörterung der aktuellen Situation der Schanzenpforte. An Aktivitäten waren zwischenzeitlich erfolgt:

- Verdopplung der Stärke der Straßenbeleuchtung
- Regelmäßige Pflege der Grünflächen
- Sicherung des Schulgeländes gegen nächtliche Eindringlinge
- Leicht zu handhabende Anzeigenvordrucke für die Anwohner/innen
- Konsequentes Einschreiten gegen Lärmbelästigungen
- Einrichtung einer Anwohnerparkzone
- Absprache von Lieferzeiten
- Aufstellen von drei zentralen Abfallbehältern
- Präsenz von Sicherheitskräften (Polizei und Ordnungsamt, auch als gemeinsame Streife)

Unabhängig von einander bestätigten alle Beteiligten, dass die Verhältnisse in der Schanzenpforte erfolgreich zum „Guten“ gewendet werden konnten. Die Beschwerden sind gegen Null gegangen und Gespräche mit Anwohnern/innen werden von einer sehr positiven Resonanz geprägt. Die Hauseigentümer wurden zudem ermutigt, wieder in ihre Immobilien investieren zu können, so plant man beispielsweise einheitliche Briefkastenanlagen, was auch zu einer Verschönerung des Gesamteindrucks der Schanzenpforte beitragen wird.

Leider störten Vorkommnisse im Zusammenhang mit der „Zapfkultur“ (einen Tag nach der Pressekonferenz zur Information über die Verbesserung der Zustände in der Schanzenpforte) das ansonsten rundum positive Gesamtbild.

Bürgermeister Muscheid fügte hinzu, dass zur Abrundung des positiven Eindruck nun noch an einer einheitlichen und aussagekräftigen Straßenmarkierung gearbeitet werde. Hier sei eine Regelung zwischen Schulverwaltung und Tiefbauamt zu treffen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann dankte allen Beteiligten, denn der „Runde Tisch – Schanzenpforte“ sei ein Musterbeispiel kriminalpräventiven Handelns. Erfolge seien hier mit relativ einfachen Mitteln erreicht worden.

Herr Polizeipräsident Weidmann merkte an, dass das Beispiel Schanzenpforte zeige, wie wichtig das Einbeziehen der Betroffenen für den Erfolg ist.

Herr Breitbarth führte im Anschluss aus, dass ein „Runder Tisch – Kinderheim Arenberg“, wie in der letzten Sitzung beschlossen, nicht gebildet werden musste, da Anwohner und Kinderheim eigenständig die aufgetretenen Probleme beseitigen konnten.

Der Landespräventionstag zum Thema „Integration von Spätaussiedlern“ fand am 11.09.2000 in der Rhein-Mosel-Halle statt. Bei der Fachveranstaltung waren etwa vierhundert Teilnehmer zu verzeichnen. U.a. gab es Vorträge, Podiumsdiskussionen und Statements zur historischen Entwicklung, zum Thema „Migration und Jugendgewalt“ und zu aktuellen Problemen gerade der jugendlichen Spätaussiedler. Ein „Markt der Möglichkeiten“ mit rund 25 Ausstellern, u.a. auch der Initiative „Sicherheit in unserer Stadt“ vervollständigte das Informationsangebot.

Im Anschluss an die Fachveranstaltung präsentierten das Ministerium des Innern, die Sparkasse Koblenz und die Initiative „Sicherheit in unserer Stadt“ das Musical „on the road“, ein Stück über die Probleme junger Spätaussiedler in Deutschland. Hierzu erschienen über tausend meist jugendliche Besucher aus dem Raum Koblenz. Der Eintritt zu der Veranstaltung war frei.

Die Geschäftsstelle der Initiative war neben der Leitstelle „Kriminalprävention“ im Ministerium des Innern als Mitveranstalter in großem Maße in die Organisation des Landespräventionstages eingebunden.

Herr Breitbarth informierte weiterhin darüber, dass die zwei Sitzungen der Initiative im Jahr 2001 am 22.05.2001 und am 13.11.2001 jeweils um 14.00 Uhr im Historischen Rathaussaal stattfinden werden.

### TOP 3

Zu TOP 3 stellte Herr Klug den kommunalen Vollzugsdienst des Ordnungsamtes der Stadt Koblenz vor.

*Der Bericht ist der Anlage zu entnehmen.*

### TOP 4

Zu TOP 4 stellte Herr Liesenfeld / Ministerium des Innern und für Sport die landesweite Aktion „Kommunale Bündnisse gegen Rechts“ vor.

Durch das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz wurde im Auftrage des Ministeriums des Innern und für Sport ein Aktionsplan „Kommunale Bündnisse gegen Rechts“ entwickelt wurde. Dieser soll den rheinland-pfälzischen Städten und Gemeinden helfen, gegen Rechtsextremismus eigene auf die jeweiligen lokalen Bedürfnisse abgestimmten Projekte auf kommunaler Ebene zu initiieren. Die Erarbeitung solcher Projekte soll durch einen Workshop (drei- bis vierstündige Abendveranstaltung) erleichtert werden, welcher durch die jeweiligen Polizeipräsidien mit speziell ausgebildeten Moderatoren veranstaltet wird. Die Stadt Koblenz habe sich, neben bislang ca. fünfzig weiteren Kommunen, bei der Leitstelle „Kriminalprävention“ des Ministeriums des Innern und für Sport zur Beteiligung am „Kommunalen Bündnis gegen Rechts“ angemeldet.

Herr Liesenfeld erläuterte zudem kurz ein Plakat gegen Rechtsextremismus, welches auch zur Mitnahme im Saal auslag.

Herr Breitbarth führte zur Umsetzung für den Bereich Koblenz aus, dass man alle Mitglieder der Initiative „Sicherheit in unserer Stadt“ zu dem Workshop einladen werde und über eine Pressemitteilung die Teilnahme auch für andere Interessierte ermöglichen wolle.

Herr Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann dankte dem Ministerium des Innern und der Polizei für deren Initiative und wies darauf hin, dass auch der Rat der Stadt Koblenz bereits ein deutliches Zeichen gegen Rechts gesetzt habe.

Zum Abschluss bedankte sich Herr Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann bei allen Anwesenden für die Bewältigung des umfangreichen Programms und die lebendigen Diskussionen. Sein spezieller Dank galt Herrn Polizeidirektor Böse, welcher im April 2001 in den Ruhestand gehen wird und somit an seiner letzten Sitzung für die Initiative „Sicherheit in unserer Stadt“ teilgenommen hat.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen schloss Herr Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann die Sitzung um 17.00 Uhr.

Koblenz, 17.11.2000

Niederschrift erstellt:

gez. Breitbarth

Vorsitzender:

gez. Dr. Schulte-Wissermann

Anlage:

- Teilnehmerliste
- Kriminalitätslagebericht
- Vorstellung Kommunalen Vollzugsdienst